

Mario Candeias/Eva Völpel

# Plätze sichern!



## ReOrganisierung der Linken in der Krise

Zur Lernfähigkeit  
des Mosaiks  
in den USA, Spanien  
und Griechenland

Mario Candeias/Eva Völpe  
Plätze sichern!

*Mario Candeias*, Politikwissenschaftler und Ökonom, ist Direktor des Instituts für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Sein Standardwerk »Neoliberalismus. Hochtechnologie. Hegemonie. Grundrisse einer transnationalen kapitalistischen Produktions- und Lebensweise« erschien 2009 in einer verbesserten Neuauflage beim Argument Verlag.

*Eva Völpe*l studierte in Bonn und Berlin Geschichte, Politik und Soziologie, seit 2009 ist sie Redakteurin im Inlandsressort der taz und berichtet über die Themenfelder Arbeit und Soziales.

Mario Candeias/Eva Völpel

## **Plätze sichern!**

ReOrganisierung der Linken in der Krise

Zur Lernfähigkeit des Mosaiks in den USA,  
Spanien und Griechenland

Unter Mitwirkung von Lara Hernández und Robert Ogman



Dieses Buch wird unter den Bedingungen einer Creative Commons License veröffentlicht: Creative Commons Attribution-NonCommercial-NoDerivs 3.0 Germany License (abrufbar unter [www.creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/legalcode](http://www.creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/legalcode)). Nach dieser Lizenz dürfen Sie die Texte für nichtkommerzielle Zwecke vervielfältigen, verbreiten und öffentlich zugänglich machen unter der Bedingung, dass die Namen der Autoren und der Buchtitel inkl. Verlag genannt werden, der Inhalt nicht bearbeitet, abgewandelt oder in anderer Weise verändert wird und Sie ihn unter vollständigem Abdruck dieses Lizenzhinweises weitergeben. Alle anderen Nutzungsformen, die nicht durch diese Creative Commons Lizenz oder das Urheberrecht gestattet sind, bleiben vorbehalten.

© VSA: Verlag 2014, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg  
Titelfoto: Plaza del Sol, Madrid 2011, Sergio Rozas cc by-nc  
Druck und Buchbindearbeiten: Beltz Bad Langensalza GmbH  
ISBN 978-3-89965-551-3

# Inhalt

|   |    |
|---|----|
| <b>Dank</b> .....   | 9  |
| <b>Einleitung: Vom erfolgreichen Scheitern<br/>und der Geschichte des Subalternen</b> .....                                   | 11 |
| <b>1. Resonanzen des Unabgeholtenen und Remaking of Class</b> .....   | 15 |
| 1.1 Verallgemeinerung einer Kultur der Unsicherheit<br>und ihre Verdichtung in der Krise .....                                | 15 |
| 1.2 Verunsicherte Handlungsfähigkeit .....  | 21 |
| 1.3 Von der Anomie zur Organisierung .....  | 30 |
| 1.4 Selbstermächtigung und erweiterte Handlungsfähigkeit .....  | 37 |
| 1.5 Das Prekariat als Klasse(nfraktion) im Werden.....  | 42 |
| 1.6 Neue (Demokratie-)Bewegungen als organischer Ausdruck<br>des Prekariats im informationstechnologischen Kapitalismus ..... | 47 |
| <b>2. Occupy Wall Street: Ereignis, Verdichtung<br/>und strategische Neuorientierungen</b> .....                              | 57 |
| 2.1 Vom Organizing bis Wisconsin .....  | 57 |
| 2.2 Moment der Verdichtung – the 99% .....  | 61 |
| 2.3 Common Struggles – organische Kooperationen .....   | 64 |
| 2.4 Occupy the Hood – von den Plätzen in die Viertel .....  | 69 |
| 2.5 Train the 99% – Transformative organizing .....   | 73 |
| 2.6 Occupy Debt und Occupy Homes –<br>vom »Symbolischen« zum »Materiellen« .....  | 77 |
| 2.7 Die wirkliche Demokratie auf die Ökonomie ausdehnen .....   | 87 |
| 2.8 Occupy Sandy .....  | 89 |
| 2.9 Erfolgreiche neue Knoten und Zerstreung .....   | 91 |

|  |            |
|--|------------|
| <b>3. Die Indignad@s des 15M: Molekulare Organisation und Radikalisierung hin zur gesellschaftlichen Mobilisierung .....</b>     | <b>95</b>  |
| 3.1 Präkäre Initiativen .....  | 95         |
| 3.2 Das Ereignis: Impuls für die gesellschaftliche Linke .....   | 102        |
| 3.3 Resonanzkörper der Reorganisation .....  | 105        |
| 3.4 Organische Kooperation und molekulare Organisation .....   | 114        |
| 3.5. Spaltungen und Widersprüche .....   | 119        |
| 3.6. Verdichtungsprozesse:   |            |
| Die konstituierte Macht in den Blick nehmen .....  | 123        |
| Exkurs: Die Coordinadora 25S: »Umzingelt den Kongress« .....   | 125        |
| 3.7. Erste Siege gegen die Zwangsräumungen .....   | 132        |
| 3.8. Strategische Unterbrechung und Transformationslinke .....   | 136        |
| <br>   |            |
| <b>4. Syntagma &amp; Syriza: Emergenz des Mosaiks jenseits von Vereinheitlichung und Differenz .....</b>                         | <b>143</b> |
| 4.1 Risse im Modell: Neoliberale Modernisierung und die Revolte von 2008 .....   | 144        |
| 4.2 Wirtschaftskrise und erste Antworten: Streiks und Demonstrationen .....  | 149        |
| 4.3 Den Unmut im Alltag organisieren: Boykott-Bewegungen und Widerstand gegen die Privatisierungspolitik .....                   | 155        |
| 4.4 Multiple Krisen: Kämpfe auf benachbarten Feldern .....   | 160        |
| 4.5 Die Empörten sind da: Platzbesetzungen und das Parlament der Ausgeschlossenen .....  | 162        |
| 4.6 Von den Plätzen zum Parlament: Syriza stellt die Regierungsfrage .....   | 170        |
| 4.7 Räume sozialer Transformation: Selbstverwaltete Solidaritätsstrukturen .....   | 177        |
| 4.8 Betriebsbesetzungen: Neue (Re-)Produktionsformen und Momente der Verdichtung des Widerstands .....                           | 184        |
| 4.9 Die Perspektive: den Bruch mit der Austeritätspolitik und die Transformation im und über den Staat hinaus organisieren ..... | 189        |
| 4.10 Widersprüche und Herausforderungen: Griechenland zwischen Aufbruch und Niederlage .....                                     | 197        |

|   |     |
|---|-----|
| <b>5. Eine Situation schaffen, die noch nicht existiert</b> .....   | 205 |
| 5.1 Von der Fragmentierung der Linken zum linken Mosaik .....       | 205 |
| 5.2 Von der Mosaik- zur Transformationslinken .....                 | 210 |
| 5.3 Von der verbindenden zur strategischen Partei .....             | 215 |
| 5.4 Occupy Lenin – Strategie und Staatsmacht .....                  | 217 |
| <b>6. »Wo bitte geht’s zum Winterpalast?«</b>                       |     |
| <b>Transnationale Resonanzen und blockierte Transformation</b> .... | 225 |
| 6.1 Blockierte Arabellion .....                                     | 226 |
| 6.2 Nach Gezi: Schwierigkeiten der Neuformierung.....               | 229 |
| 6.3 Die Empörung verpufft .....                                     | 230 |
| 6.4 Die Macht ergreifen, ohne die Welt zu verändern? .....          | 232 |
| 6.5 Effektiver Bruch – auf welcher Ebene? .....                     | 234 |
| <b>Literatur</b> .....  | 239 |



# Dank

»Jedes Verhältnis von »Hegemonie« ist notwendigerweise ein pädagogisches Verhältnis.«  
Antonio Gramsci, *Gefängnishefte*  
(Bd. 6, H. 10/II, § 44, 1335f.)

Seit Ausbruch der großen Krise in den Jahren 2007/2008 beschäftigen wir uns am Institut für Gesellschaftsanalyse (IfG) der Rosa Luxemburg Stiftung mit der organischen Krise des Neoliberalismus, seiner autoritären, post-demokratischen Wendung und den notwendigen Brüchen und Verschiebungen, die Widerstand ermöglichen. Wir arbeiteten an strategischen Perspektiven zur Überwindung der Fragmentierung der Linken, hin zu einer Mosaiklinken. Seit im Jahr 2011 endlich die großen Mobilisierungen folgten, stellt sich die Frage der ReOrganisierung der Linken in der Krise mit aller Deutlichkeit. Am Entstehen dieses Buches sind somit viele beteiligt, zuallererst jene, die die Mobilisierung und ihre Organisation anstießen, praktisch machten. Neben Lara und Rob, die direkt an der Arbeit zu diesem Buch mitgewirkt haben, sind wir auch der Redaktion der Zeitschrift *Luxemburg* zu Dank verpflichtet. In ihr haben wir viel Arbeit darauf verwandt, die Entwicklung der Krisenproteste zu begleiten, Aktivist\_innen selbst mit ihren strategischen Überlegungen zu Wort kommen zu lassen, mit ihnen zu diskutieren, unsere analytische und strategische Arbeit mit ihnen gemeinsam zu betreiben, in Texten, Workshops, Aktionskonferenzen – noch kein *transformative research*, aber ein kleiner Schritt in diese Richtung.

In der Luxemburg und am IfG sind viele kluge Köpfe, wir möchten hier nur einige in diesem Projekt besonders engagierte nennen: Christina Kaindl, Barbara Fried, Corinna Genschel, Tazio Müller, Conny Hildebrandt u.a.m. Ein Dank geht zudem an jene, die durch ihre Gastfreundschaft, Zeit, Diskussionsbereitschaft oder das Dolmetschen von Gesprächen in ihrem Land dieses Buch so überhaupt erst möglich gemacht haben: Chryssavgi und Katerina Daskala, Tasos Koronakis, Giorgos Chondros, Christos Giovanopoulos, Haris Konstantatos, Eleni Chatzimichali, Theodoros Paraskevopoulos, Jannis (John) Milios, Aristides Baltas, Savas Robolis, Heike Schrader, Achim Rollhäuser, Kyriaki Klokiti, Gerassimos Moschonas, Alexandra Pavlou, Dimitris Parthenis, Kostas Veniotis, Eva Babalona, Vasilis Tsapas u.a.m.

Für wichtige Hinweise danken wir Anne Steckner und Ingo Stütze. Fürs Lektorieren geht der Dank an Michaela Klingberg vom IfG und den VSA: Verlag. Für die unzähligen Abrechnungen von Reisen, Workshops etc. und ein sicheres Gefühl sind wir Uta Tackenberg verpflichtet. Gewidmet ist das Buch allen, die manchmal verzweifeln, weil nichts voran geht: sí, se puede, manchmal. Und auch wenn es scheitern sollte – umsonst ist es nie.

# Einleitung: Vom erfolgreichen Scheitern und der Geschichte des Subalternen

»... denn sie können scheitern,  
um jedes Mal besser zu scheitern«

Tom Waibel 2012, 110

Erfolgreiches Scheitern war schon immer die wichtigste Bewegungsform der Linken. Entweder weil die großen Errungenschaften in passiven Revolutionen kompromissförmig in immer entwickeltere kapitalistische Herrschafts- und Vergesellschaftungsformen integriert wurden. Oder weil vielversprechende Bewegungen und Kräfte Kämpfe verloren, gewaltsam niedergeschlagen wurden, an Dynamik einbüßten, gespalten, Teile integriert, andere marginalisiert wurden – aber doch der Versuch die Einzelnen veränderte, weitergetragen wurde, sedimentierte. »Die Geschichte der subalternen gesellschaftlichen Gruppen ist notwendigerweise bruchstückhaft und episodisch. Zweifellos gibt es in der Geschichte der Aktivität dieser Gruppen eine Tendenz zur Vereinigung, sei es auch nur auf provisorischen Ebenen, aber diese Tendenz wird durch die Initiative der herrschenden Gruppen fortwährend gebrochen.« (Gramsci, Gef. 9, 2191)

In der großen Krise seit 2007 schien den »objektiven« Verhältnissen zunächst kein »subjektiver« Faktor zu folgen. Dies verweist auf einen wenig behandelten Zusammenhang: keine kapitalismuskritische Krisentheorie ohne subjektorientierte Gesellschaftstheorie. Es kann ausgeschlossen werden, »dass die unmittelbaren Wirtschaftskrisen von sich aus fundamentale Ereignisse hervorbringen; sie können nur einen günstigeren Boden« bereiten (Gramsci, Gef. 7, 1563). Welchen Gruppen, Protestformen und gesellschaftlichen Dynamiken die Krise einen »günstigen Boden« bereitet, ist nicht beliebig, aber geschichtlich offen.

Der Blick auf die Krise greift zu kurz, wenn er mit der Hoffnung auf unmittelbaren, sichtbaren und hörbaren Widerstand der Massen verbunden wird. Wer umgekehrt in der Krise ein ungebrochenes *business as usual* im Kapitalismus ausmacht, verliert den Blick für die feinen Risse und möglichen Verschiebungen, urteilt vorschnell (Candeias 2010b, 46f.). Immer wieder kommt es, zeitlich verschoben, mit Verzögerung, zu eruptiven Re-

volten, erratischen Bewegungen, Organisation – an Orten, und auch gerade von jenen, von denen man es am wenigsten erwartet.

Ausgehend von den Impulsen der Arabellion (Candeias 2011b, 7f.) hat seit 2011 auch in Europa und den USA mit den »Empörten« und »Occupy Wall Street« endlich ein neuer Bewegungszyklus eingesetzt. Dem Beispiel der Besetzungen des Platzes der Kasbah in Tunis und des Tahrir-Platzes in Kairo folgend, schlugen die Indignad@s am 15. Mai 2011 ihre Zelte auf der Puerta del Sol in Madrid auf. Diese »Acampadas« wurden in Hunderten von Städten rund um den Globus kopiert, am spektakulärsten sicher in unmittelbarer Nähe der Wall Street, im Zuccotti-Park in New York: dem Geburtsort der Occupy-Bewegung.

So wie der globalisierungskritische Bewegungszyklus<sup>1</sup> um den Planeten ging, den Gipfeln der Mächtigen folgend, von Seattle über Genua oder Barcelona, als Hunderttausende die Erfahrung machen konnten, Teil einer transnationalen Bewegung zu sein, wiederholt der Zyklus der neuen (Demokratie-)Bewegungen unter veränderten Bedingungen eine transnationale Ansteckung, erzeugt Resonanzen in völlig verschiedenen Kontexten. Sie folgt nicht den internationalen Verhandlungszyklen, ist selbst kaum international organisiert. Die Mobilisierung basiert auf lokalen Besonderheiten, ist vor Ort oft stärker organisiert, als es die globalisierungskritische Bewegung war, ist in vielen Ländern über die linken Kreise hinaus stärker in breiten Teilen der Bevölkerung verankert. Sie lernt transnational, verweist aufeinander, nutzt dieselben Symbole und Methodologien, aber jeweils lokal und der Zeit angepasst. Emblematisch spiegelt sich dies in den Camps und ihren direktdemokratischen Vergesellschaftungsformen wider.

Zu Recht warnten Jens Kastner und viele andere vor einer trügerischen Euphorie: »Die neoliberale Hegemonie ist ungebrochen« (2012, 81). Das ist

---

<sup>1</sup> Mit der Schwäche der internationalen Organisationen und transnationalen Treffen der Mächtigen von der WTO bis zur G8 erschöpfte sich auch die globalisierungskritische Bewegung der Bewegungen bzw. ihre Praxis des symbolischen Widerstandes von Gipfel zu Gipfel sowie der bunten Treffen des Austausches auf den Sozialforen – frühzeitig scheiterte das Sozialforum in Deutschland, später in Europa, und auch das Weltsozialforum schaffte bislang keine Erneuerung. Die neuen Bewegungen sind kaum präsent, die Verbindung der Diskurse der globalen Linken mit den regionalen Debatten am jeweiligen Ort der Treffen bleibt ungenügend, und strategisch herrscht im Angesicht der Krise des Neoliberalismus Ratlosigkeit: Wie kann durchgesetzt werden, was auf den Foren diskutiert und als verbindende Position zumindest in Ansätzen erfahrbar wird?

sicher eine Überdehnung des Hegemoniebegriffs (Candeias 2011c, 152f.). Die Vervielfältigung der Proteste und die Formierung übergreifender Bewegung, ohne dass die Regierenden die Krise effektiv zu bearbeiten in der Lage wären, spricht für etwas anderes: Seine *vorantreibende* gesellschaftliche Funktion hat der Neoliberalismus verloren. Die Versprechen wurden gebrochen. Die aktive Zustimmung der Bevölkerung ist brüchig geworden. Es mangelt an ausreichend Expansions- und Entwicklungsmöglichkeiten, um in den kapitalistischen Metropolen sowohl den Akkumulationsbedürfnissen wie den gesellschaftlichen Bedürfnissen der Bevölkerung nach Verbesserung ihrer Lage oder zumindest nach Perspektive nachzukommen. Doch ein passiver Konsens hat bislang mangels sichtbarer und durchsetzungsfähiger Alternativen Bestand. Die verheerenden Kürzungspolitikern werden autoritär durchgesetzt. Das heißt, die Neoliberalen sitzen – nicht zuletzt in Deutschland – fest im Sattel und bauen in Europa (mit dem Fiskalpakt) und den USA (mit der Blockade des Kongresses durch die Republikaner) ihre institutionelle Macht aus, nicht zuletzt dank der strukturellen Macht des Finanzkapitals.<sup>2</sup> Ihre Position mag – in Anlehnung an Gramsci (Gef. 2, 354) – keine »führende« mehr sein, aber nach wie vor eine »herrschende« (Candeias 2009a, 9).

Insofern gilt dennoch Kastners Mahnung, »die strukturelle Schwäche« der Bewegungen zu erkennen: »Plätze erobern, aber sie nicht halten können.« (2012, 81) Diese Form der Organisierung konnte nicht auf Dauer gestellt werden. Mit der Räumung der zentralen Camps in New York, Madrid und fast überall schien das vorzeitige Ende der Bewegung gekommen. Angesichts der ungünstigen Bedingungen und übermächtigen Gegner wäre nichts anderes zu erwarten gewesen. Das Überraschende ist, dass sie noch existieren, überdauern, sich reorganisieren, *lernen*. Im Folgenden sollen Lernprozesse und strategische Neuorientierungen untersucht werden. Um ihre Dynamik, Zusammensetzung und Organisationsformen zu verstehen, bedarf es der Kenntnis ihrer Vorgeschichte und ihrer Artikulation mit anderen Organisationen und Bewegungen der Subalternen. Es wurde eine Dynamik ausgelöst, die weniger als »neue soziale Bewegung« im schlechtsoziologisch abgrenzbaren Sinne (gegen Atomkraft oder für bessere Studienbedingungen) bezeichnet werden kann, denn als *gesellschaftliche Mobilisierung*. Im Zentrum steht weniger die Entwicklung bestimmter sozialer

---

<sup>2</sup> Finanzkapital verstanden als spezifische Verbindung und Verhältnis von zinstragendem und mehrwertschöpfendem Kapital.

Bewegungen, sondern die Neuformierung des Feldes der gesamten gesellschaftlichen Linken, in einem »molekularen, äußerst feinen Prozess« mit zahlreichen Verästelungen (Gramsci, Gef. 5, 1051).<sup>3</sup> Jede gesellschaftliche oder politische Strömung agiert vermittelt eines Feldes unterschiedlichster Organisationen (Kaindl/Rilling 2011, 18). »Analysen, die lediglich einige Akteure der gesellschaftlichen Linken betrachten, würden der Inklusivität dieses andauernden Prozesses gesellschaftlicher Veränderung nicht gerecht werden.« (Juberias u.a. 2012, 127) Der »tiefe gesellschaftliche Impuls« ergreift auch »die Parteien und Gewerkschaften, die auf einmal intensive Debatten führen und ihr Verhalten ändern« (130). Subalternität wird produziert, wenn das eigene Denken nicht erlaubt zu sehen, dass nicht nur die eigene Organisation oder Organisationsform zählt, sondern der »ganze aktive gesellschaftliche Block« (Gramsci, Gef. 7, 1774). Es geht in Anlehnung an Gramsci um die *gesellschaftliche* Partei und ihre ReOrganisation.

---

<sup>3</sup> Zitate, sofern nicht anders angegeben, aus Interviews, Workshops und teilnehmenden Beobachtungen aus dem RLS-Projekt »Strategische Neuorientierungen und molekulare Organisation. Occupy, Indignad@s, Syntagma und die Emergenz des Mosaiks«. Da zahlreiche, am Institut für Gesellschaftsanalyse gewonnene Ergebnisse bereits veröffentlicht wurden, verweisen wir direkt auf die entsprechende Publikation.

## 6. »Wo bitte geht's zum Winterpalast?« Transnationale Resonanzen und blockierte Transformation

Ausgehend von den Impulsen der Arabellion (Luxemburg 1/2011) hat also seit 2011 auch in Europa und den USA, Chile, der Türkei oder Brasilien mit den »Empörten« und »Occupy Wall Street« ein transnationaler Bewegungszyklus eingesetzt, getragen von einem besser denn je ausgebildeten urbanen Prekariat. Immer wieder eröffnen sich Räume für Protest und Organisation. Immer wieder erzeugen Ereignisse an einem Ort Resonanzen an anderen Orten, werden transnational wechselseitige Bezüge hergestellt, wird Solidarität praktiziert, zuletzt fast zeitgleich in Athen (Völpel 2013a), in Istanbuls Gezi-Park (Tugal 2013; Hammond/Angell 2013; Trogisch 2013) und anderen Städten der Türkei sowie in São Paulo (Richmond 2013; Dilger 2013).

Aufbauend auf den organischen Kooperationen in der Zeit der Platzbesetzungen konnte nach ihrer Räumung ein Strategiewechsel vorgenommen werden, der (zunächst) das Überleben und die Entwicklung der Bewegung sicherte: Die Bewegung streute in die Viertel, ohne sich zu zerstreuen. Von dort aus konnte zunächst die Mobilisierung mit anderen Kräften verbunden und verbreitert werden, indem konkrete Probleme angegangen wurden, vom Kampf gegen Zwangsräumungen (Spanien/USA) über den Aufbau von lebendigen Solidarnetzen für Gesundheit und Ernährung (Griechenland) und Direkthilfe bei Katastrophen (Occupy Sandy in den USA) bis hin zu Arbeitskämpfen im öffentlichen Dienst (die so genannten Protestwellen in Spanien oder der Kampf um den staatlichen TV-Sender ERT in Griechenland).

Die erste Konjunktur des Protestzyklus hat Enormes geleistet – und sich doch erschöpft. Die mit ihr verbundene gesellschaftliche Mobilisierung verpufft bzw. steht überall vor einer blockierten Transformation. Die herrschenden Gruppen und Regierungen setzen ungerührt ihre Politik der perspektivlosen Kürzungen fort. Sie stützen sich auf ihre strukturelle, transnationale Macht. Die breiten und bunten Ströme zivilgesellschaftlicher Organisation erringen große Terraingewinne, erreichen die soliden Bastionen der Herrschaft aber nicht. Dies markiert die strukturelle Schwäche der

Bewegungen. Sie müssen sich strategisch reorientieren – mit Blick auf die »Hauptquartiere« der Macht. Doch wo steht der »Winterpalast« in Zeiten der Transnationalisierung überhaupt? Sind nationale Regierungen und nationale Kapitale überhaupt noch *die* Kristallisationspunkte der Macht? Sicher nicht. Doch sie sind wesentliche Verdichtungspunkte von Macht, während sich gegen die transnational verstreute, fluide Macht kaum direkt Widerstand organisieren lässt. Die transnationalen Mächte nutzen für ihre Herrschaft immer auch Verdichtungspunkte auf nationaler, regionaler oder lokaler Ebene – dies macht ihren *transnationalen* (eben nicht *internationalen*) Charakter aus (Candeias 2004, 309ff.).

An diesen Bastionen der (transnationalisierten) Macht zerschellt die Mobilisierung bislang. In der Folge zerstreuen sich Teile der Bewegung wieder. Übergreifende Zusammenhänge zerreißen, z.B. Occupy Wall Street in den USA. Andernorts erfolgt eine Reorganisation. Überall stellen sich neue strategische Aufgaben. Ohne den Sturz der neoliberalen Regierungen, ohne einen destitutiven Prozess – also eine Infragestellung des institutionellen Gefüges und des Verhältnisses von Politik und Ökonomie –, und ohne effektive Brüche geht es nicht. Über Spanien und Griechenland hinaus werfen wir hier sehr verkürzt einen exemplarischen Blick auch auf andere Orte des Bewegungszyklus.

### 6.1 Blockierte Arabellion

Der »Sturm auf das Winterpalais« war in Nordafrika möglich, da die Regime kaum über Einbindungspotenziale der breiten Massen verfügten, sich nicht auf eine entwickelte Zivilgesellschaft stützen konnten und mit dem relativen Desinteresse des sie lange stützenden transnationalen Blocks konfrontiert waren. Im Moment zivilgesellschaftlicher Erhebung blieb den Regimen nur der Repressionsapparat. Das Militär, in Ägypten und Tunesien mit den Machthabern verflochten, musste jedoch befürchten, mit ihnen in die Tiefe gerissen zu werden, sollten die Revolten Erfolg haben. Die Risse im Machtblock führten zum Bruch; das Militär sicherte seinen Einfluss, indem die alten Potentaten geopfert und der Machtblock neu zusammengesetzt wurde – damit die Revolution passiv bleibt und radikalere Veränderungen verhindert werden. Für die Entwicklungen in Ägypten und Tunesien begünstigend war, dass vonseiten des transnationalen neoliberalen Blocks eine Aussicht auf formale Demokratisierung befürwortet wird. Man konnte



mit den Diktatoren gut leben, mit »freien und demokratischen« Marktwirtschaften lassen sich bessere Geschäfte machen, so die Hoffnung.

Doch bekanntermaßen brachte die Revolution in Tunesien jene an die Macht, die nicht Teil der Revolution waren: die islamisch orientierten Kräfte. In Tunesien konnten bislang weder die Gewerkschaften, die alten linken oder liberalen Organisationen, noch die Vielzahl neuer Netze und Zirkel von Bewegung auf die Macht der Ennahda eine organisatorische Antwort formulieren. Wie ist jenseits bestimmter urbaner Gruppen die Mehrheit im ländlichen Raum zu erreichen und in ein alternatives Projekt einzubeziehen? Zudem verstellt die Polarisierung zwischen »Islamisten« und »Säkularisten« den Blick auf die sozialen Fragen der Armut und Perspektivlosigkeit, die doch den Auslöser der Revolution ausmachten. Oppositionelle wie der Linke Mohamed Brahmî fallen politischen Morden zum Opfer, während der Prozess stagniert. Der Oppositionszusammenschluss der Nationalen Heilsfront kritisiert Misswirtschaft und Stillstand und drängt die Regierung zum Rücktritt. Die einflussreichen Gewerkschaften der UGTT vermitteln. Inzwischen ist es gelungen, eine wegweisende Verfassung zu verabschieden – ein kaum zu unterschätzender Schritt für den gesamten Arabischen Raum. Freilich muss der Gehalt der Verfassung noch Realität werden, wie Parlamentspräsident Mustafa Ben Jaafar bei ihrer Unterzeichnung sagte. Neuwahlen sind vereinbart. Fraglich bleibt, ob die Opposition eine Mehrheit erringen kann.

Diese Probleme stellen sich auch in Ägypten. Hier trieb die Polarisierung angesichts des Autoritarismus der Regierung Mursi die Reorganisation der Revolutionsbewegung voran, *ohne* dass die ungelösten Fragen von Armut und Existenznöten untergepflügt wurden. Die Tamerod(Rebellions-)Bewegung hat die oppositionellen Kräfte angesichts der Selbstlähmung des Bündnisses von linken und liberalen Gruppen und Parteien neu mobilisiert. Sechs Monate mit beeindruckenden Aktivitäten und Organisationsprozessen gipfelten in einer Demonstration der Stärke am 30. Juni 2013, die »jede herrschende Klasse in Angst versetzen würde« (Savran 2013). Mit dem Putsch gegen den formal-demokratisch gewählten (was nach 30 Jahren Diktatur nicht wenig ist), religiös-orientierten Präsidenten Mursi hat die Armee unter Al-Sisi nicht nur einen möglichen Bürgerkrieg verhindert, sondern auch den drohenden Fortgang der 2011 begonnenen Revolution. Eine weitere Zuspitzung hätte nicht nur Neuwahlen und den Sieg der Opposition mit sich bringen können, sondern auch die Infragestellung der politischen und ökonomischen Macht des Militärs. Doch der »Bonapartisti-

sche Coup« (ebd.) wurde von großen Teilen der Bevölkerung begrüßt, weil der gemeinsame »islamistische« Gegner geschlagen wurde.

Erwarten sie, dass der Schlag gegen die reaktionären religiösen Kräfte, einen »Hauptfeind der Revolution« (Al-Chaissi 2013), die Revolution unterstützt? Das Militär konnte bereits während der kurzen Zeit der Mursi-Regierung sein Ansehen als Hüter der Nation verbessern und gewann mit dem Coup zunächst weiter an Glaubwürdigkeit – »Armee und Volk, Hand in Hand«, riefen viele wieder. Die brutale Härte und mehr als Tausend Tote zeigen jedoch auch den autoritären Charakter. Die Notstandsgesetze, gegen die die Revolution 2011 u.a. antrat, sind wieder in Kraft. Tatsächlich richtete sich der Coup eben auch gegen die Ziele der Revolution und orientiert auf eine restaurierte Position einer zivil-militärischen Herrschaft. Al-Sisi orientiert offenbar weniger auf eine vermittelnde oder hütende Rolle des Militärs im demokratischen Spiel als vielmehr auf die Übernahme der Macht durch einen reorganisierten zivilen Arm des Militärs mit ihm selbst an der Spitze. Ideologisch könnte diese Restauration auf einem Neo-Nasserismus aufbauen, der die Liberalen um El-Baradei wie die Linken um Hamdeen Sabahi integriert<sup>64</sup> – freilich ohne die panarabische und sozialistische Orientierung des alten Nasserismus. Damit sind die revolutionären Kräfte derzeit eingemauert zwischen den islamischen Massenbewegungen und einer erneuerten militärisch-basierten Herrschaft. Protest ist angesichts der staatlichen Repression und Ausgangssperren erschwert, die Gesellschaft tief gespalten. Aber auch das Lager der Revolutionäre ist gespalten: Während etwa die Bewegung des 6. April die Gewalt verurteilt und die Revolution als gefährdet betrachtet, stützen Teile der Tamerod-Bewegung Al-Sisi und verteidigen etwa die Verurteilung von Zivilisten durch Militärgerichte. Zu hoffen ist, dass Sungur Savran recht behält: Revolutionäre und große Teile der Bevölkerung seien »voller Selbstbewusstsein und Glauben an ihre Stärke« (2013). Sie stehen vor der dritten Etappe der Revolution, einer erneuten Reorganisation der Kräfte.

---

<sup>64</sup> Allerdings ist Khaled Daoud, der Sprecher der Nationalen Rettungsfront, einem Bündnis von mehr als 35 oppositionellen Parteien und Gruppen, nach dem Massaker an Hunderten von Anhängern des gestürzten Präsidenten Mursi zurückgetreten und distanzierte sich von der Gewalt gegen seine politischen Gegner.

## 6.2 Nach Gezi: Schwierigkeiten der Neuformierung

Auch in Istanbul entzündete sich der Protest gegen die zunehmend autoritäre Herrschaft der AKP an einem vermeintlich unscheinbaren Gegenstand, dem Fällen von fünf Bäumen zum Zwecke der Bebauung des Gezi-Parks auf dem zentralen Taksim-Platz. Auch OccupyGezi war nur ein leerer Signifikant, in dem sich ein schleichendes Unbehagen und manifeste Unzufriedenheit ausdrücken konnten, inspiriert von den Platzbesetzungen in aller Welt. Auch hier waren es nicht die »üblichen Verdächtigen«, sondern eine neue Generation des urbanen Prekariats, die allerdings schnell Unterstützung aller Generationen erhielt – erstaunlich war die Präsenz Älterer bei den Demonstrationen, vor allem aber bei der Versorgung der Protestierenden. Auch hier entwickelten sich die Versammlungen auf dem Platz zu einer Begegnungsstätte zuvor isolierter Gruppen und krasser kultureller Differenzen: unorganisiertes subkulturelles »postpolitisches« Milieu und organisierte Splitter-Kadergruppen, LGBT-Aktivist\_innen und alte Linke, Anhänger der kemalistischen CHP und die »antikapitalistischen Muslime«, um nur einige zu nennen. Der Protest verbreitete sich auch dank der überharten Repression – nicht zuletzt mit Gas – in kürzester Zeit. In den zehn Tagen des Widerstands fanden in 77 Städten Demonstrationen und Platzbesetzungen statt, Millionen Menschen unterstützten sie (vgl. OccupyGezi, LuXemburg 2/2013). Die Ereignisse waren auch ein Weckruf für die oppositionellen Parteien, v.a. die kemalistische CHP und die links-kurdische BDP.

Die Plätze wurden – wie überall – geräumt, Demonstrationen unterdrückt. Wieder streute die Mobilisierung in die Viertel. Überall in Istanbul und anderen Städten finden öffentliche Foren in den Parks statt. Der Protest wird in den Alltag verlagert, z.B. mit oppositionellem Fastenbrechen auf der Straße, Cocktails gegen Erdogan (und das öffentliche Alkoholverbot), originellen Kundgebungen, einer Explosion der Street Art oder auch einer Hochzeit mit Gasmasken im Gezi-Park.

Die Foren in den Parks und den sozialen Netzwerken dienen zur Debatte über die Reorientierung und Organisation der Mobilisierung. Wie ist angesichts einer in großen Teilen der Bevölkerung (nicht zuletzt auf dem Land) fest verankerten Regierung das Bewegungsmoment aufrechtzuerhalten oder wie lässt es sich transformieren? Manche träumen von der Gründung einer neuen Partei – sicher ein übereilter Schritt angesichts der Heterogenität. Vielversprechender ist die Orientierung auf die anstehenden Kommunalwahlen. Hier versuchen unterschiedliche Kräfte zu sondieren,

ob ein gemeinsames Vorgehen denkbar ist. Viel wird davon abhängen, ob die Begegnungen auch neue Bündnisse ermöglichen: Entscheidend ist dabei das künftige Verhältnis der immer noch stramm nationalistischen Kemalisten und der kurdischen Bewegung als den beiden zahlenmäßig stärksten oppositionellen Kräften. Vielleicht gelingt es dank des Gezi-Moments, Absprachen für die Kandidatenaufstellung in den Vierteln zu treffen. Vielleicht hat der beliebte Linke, Sirri Süreyya Önder von der BDP, der bei den Protesten im Gezi-Park selbst verletzt wurde, so auch Chancen auf den Sieg der Bürgermeisterwahlen in Istanbul.

Abdullah Öcalan, immer noch ein zentraler Orientierungspunkt der kurdischen Bewegung, empfiehlt dieser, ihre Skepsis zu überwinden und sich der Protestbewegung gegenüber zu öffnen. Darüber hinaus empfiehlt er sogar, über die Auflösung der alten Parteistruktur nachzudenken, um sich stattdessen voll in der Neuformierung der Linken zu engagieren. Für diese steht der Versuch zur Bildung einer übergreifenden linken Plattform HDK, Halkların Demokratik Kongresi (»Demokratischer Kongress der Völker«), die neben der BDP 15 weitere Parteien und Organisationen umfasst. Dieser Versuch begann bereits vor zwei Jahren, die realen Bedingungen haben sich unter der Dynamik der Proteste möglicherweise verbessert. Die HDK müsste dafür nicht nur die Zersplitterung der politischen Linken überwinden, sondern die Interessen und Politikformen der Protestbewegung organisch integrieren, sich also nicht als Stellvertreter der Bewegung verstehen, sondern als ein Ort ihrer Organisation, ihr institutionelles Rückgrat, eng verknüpft mit den öffentlichen Foren. Für die Teilnahme an den Kommunalwahlen gründete die HDK eine Partei, die HDP. Dies ermöglicht der HDK, ihren Plattformcharakter zu erhalten, während die HDP im Westen des Landes und die BDP im Osten Kandidat\_innen für die Wahl aufstellen kann. Hier geht es weniger um die Hauptquartiere als überhaupt wieder darum, wirkungsvolle Organisationsformen und institutionelle Anker in den Kommunen zurückzugewinnen.

### 6.3 Die Empörung verpufft

Ob in Spanien, Portugal oder Griechenland, das Ergebnis erfolgreicher Mobilisierung war eben auch die Wahl rechter Regierungen, die mit noch härterer Macht Kürzungspolitik, Abbau von Arbeits- und Sozialrechten und Privatisierungen durchsetzen. Massenproteste sind an der Tagesordnung.

An den Generalstreiks und zentralen Demonstrationen nehmen Millionen teil – in Portugal mehr als ein Viertel der gesamten Bevölkerung. Darüber hinaus genießen laut Umfragen die Proteste einen enormen Rückhalt und Zustimmung in der übrigen Bevölkerung – sie übernehmen eine (jenseits der Selbstwahrnehmung als »horizontale«, direkt-demokratische Zusammenkünfte) Repräsentationsfunktion, stärker als es die Parteien noch können. Insbesondere die in Spanien regierende Partido Popular (Volkspartei) hat sich durch und durch in eine unvergleichliche Spendenaffäre verstrickt. Der Rückhalt der Regierung sinkt auf ein negatives Rekordniveau. In Portugal werden Kürzungsmaßnahmen vom Verfassungsgericht zurückgenommen. Die regierende rechte Koalition wird ein ums andere Mal umgebildet und müht sich, ihren Zerfall zu verhindern. Selbst in Militär und Polizei mehren sich die Stimmen gegen die Regierung – Erinnerungen an die Revolution von 1974 werden wach, das alte Revolutionslied *Grândola* wird auf jeder Demonstration gesungen.

Doch falsche Hoffnungen verbieten sich. Die beiden Regierungen sind stark geschwächt, schwanken, aber sie fallen nicht. Die transnationale Macht hält sie aufrecht. Ein autoritärer neoliberaler Konstitutionalismus in Europa verzichtet auf Konsensproduktion oder demokratische Standards und regiert – angesichts der vernichtenden wirtschaftlichen Ergebnisse – mit Hilfe einer zur Kompradorenbourgeoisie zurückentwickelten Klasse, die das Land im wahrsten Sinne ausverkauft.

Die Bewegungen versuchen sich zu reorientieren. Es genügt nicht mehr, die Zivilgesellschaft zu erobern, Plätze zu besetzen, die Straße zu erobern, symbolische Aktionen durchzuführen, Zwangsräumungen zu verhindern, Bürgerbegehren zu gewinnen. Sie zielen auf einen »proceso destituyente« (dekonstitutiven Prozess), also den Sturz der Regierung und die Auflösung des Parlaments. »Viele halten nun auch die Eroberung der institutionellen Macht wieder für wichtig. Zugleich will ein großer Teil der Bewegung weiter nichts damit zu tun haben.« (Ruiz 2013a) Der Kampf um die »Hauptquartiere« der Macht wird entscheidend sein für die Zukunft der Bewegungen.

Dabei wird nicht so sehr auf die (Re-)Organisation einer Partei neuen Typs gesetzt, als auf eine *Frente Civico*, eine »zivilgesellschaftliche Bürgervereinigung«, die keine Regierung anzielt (vgl. Monereo 2013 u. Ruiz 2013b). Entscheidend wird sein, ob die unterschiedlichen Teile und Spektren der Bewegung, die Gewerkschaften, die *Izquierda Unida* und die links-nationalistischen Regionalparteien ausreichend Vermittlungen ausbilden, um ge-

meinsame strategische Ziele zu erreichen. Breit diskutiert wird, einen Prozess einer verfassungsgebenden Versammlung in Gang zu bringen. Statt die Regierungsmacht zu ergreifen, zielt die gesellschaftliche Mobilisierung – die konstituierende Macht – auf die Neugründung der gesellschaftlichen Institutionen – der konstituierten Macht.<sup>65</sup> Es gilt Terrainwechsel zu vollziehen, um sich nicht auf dem vermachteten Terrain der gegebenen Institutionen zu verkämpfen und demokratische Gegeninstitutionen aufzubauen. Ein partizipativer, lokal und überregional verknüpfter verfassungsgebender Prozess in Räte-Strukturen der Beratung und Organisation – von den Vierteln bis zur europäischen Ebene – hätte die enorme Aufgabe zu bewältigen, vielfältige Positionen der gesellschaftlichen Linken zu einer gemeinsamen Alternative zu verdichten. Doch bislang scheint dieser Prozess nicht vom Fleck zu kommen. – In Portugal stehen Kommunalwahlen und im Juni evtl. nationale Wahlen an. Doch ist bislang unklar, was nach einem Sturz der Regierung geschehen soll. Die Kommunistische Partei, der Linksblock und die Sozialistische Partei haben keine gemeinsame Regierungsperspektive. Die zivilgesellschaftlichen Alternativprozesse sind nicht entwickelt. Es mangelt an Organisationsstrukturen jenseits der beeindruckenden Proteste.

#### **6.4 Die Macht ergreifen, ohne die Welt zu verändern?**

Auch die griechische Regierung ist geschwächt, die links-sozialdemokratische Dimar hat nach der unangekündigten Schließung des staatlichen Fernsehens und der folgenden Massenmobilisierung die Regierungskoalition verlassen. Die Regierung hält nur noch eine hauchdünne Mehrheit im Parlament.<sup>66</sup> Möglich ist, dass eine neue Konjunktur der Kämpfe und Streiks sowie der ausbleibende Wirtschaftsaufschwung die amtierende Regierung aus konservativer Nea Dimokratia (ND) und sozialdemokratischer PASOK ernsthaft in Bedrängnis bringt. Spekulationen über eine Koalition der ND mit einem abgespaltenen Teil der Faschisten von Chrysi Avgi ist mit dem harten Vorgehen gegen die Faschisten nach einem Mord an dem linken

---

<sup>65</sup> Zu den Begriffen von konstituierender und konstituierter Macht vgl. Lorey 2012, 21ff.

<sup>66</sup> Die Mehrheit wird nur noch durch die besondere Bevorzugung der größten Parlamentsfraktion durch das Wahlrecht gesichert – die Partei mit den meisten Stimmen bei der Wahl erhält zusätzlich zu den ihr prozentual zustehenden Sitzen weitere 50 Sitze extra.

Rapper Pavlos Fyssas die Grundlage entzogen. Die ND brachte die Gründung einer neuen Partei der Mitte ins Spiel – welche Kräfte sie umfassen soll und auf welche Wählerbasis sie zielte, ist offen.

Käme es über eine neue, derzeit aber schwer vorhersehbare Regierungskrise zu Neuwahlen, stünde die Frage im Raum, ob es zu einer Linksregierung unter Syriza-Führung kommen könnte. Zurzeit liefern sich Nea Dimokratia und Syriza in den Umfragen ein Kopf-an-Kopf-Rennen. Da die sozialdemokratische PASOK in den Umfragen derzeit nur noch bei rund sieben Prozent liegt, könnte der ND ihr Koalitionspartner abhanden kommen – andererseits wäre auch Syriza auf Koalitionspartner angewiesen.

Syriza symbolisiert einen Verdichtungspunkt, der die zivilgesellschaftlichen Aktivitäten der Selbstorganisation und des Protests in die Perspektive der Machtergreifung übersetzt. Doch dürften die Handlungsspielräume innerhalb der gegebenen Institutionen mehr als gering sein: Weder der Griff der Troika, noch der internationalen Finanzmärkte dürfte nachlassen – im Gegenteil. Die Macht zu erobern, ohne die Welt zu verändern, muss scheitern, weiß Syriza sehr genau. Eine Linksregierung ist eingezwängt zwischen dem autoritären europäischen Konstitutionalismus und einem klientelistisch von PASOK und Nea Dimokratia besetzten bürokratischen Apparat und muss mit einer sich noch vertiefenden ökonomischen Krise durch Maßnahmen von kapitalistischer Seite rechnen. Zurückweisung und Neuverhandlung der Memoranden, Kapitalverkehrskontrollen oder die begonnene Entwicklung eines umfassenden Regierungsprogramms etc. werden nicht ausreichen. Ohne grundlegende Infragestellung und Schaffung neuer Institutionen bliebe auch eine Syriza-Regierung chancenlos.

Die Regierung müsste die Zumutung des Regierens auf der überkommenen Basis zurückweisen. Doch wie geht das? Ein soziales und ökonomisches Notprogramm müsste sofort begleitet werden von einem Bruch, der große Teile der Bevölkerung in einen Prozess der kollektiven Reorganisation und Neugründung der Demokratie einbindet. Die schließt die Umgehung und Reform der klientelistisch besetzten Apparate ein. Für eine solche Reorganisation sind durch die solidarischen Hilfsnetze und Organisationsprozesse zivilgesellschaftliche Knotenpunkte geschaffen (vgl. Wainwright 2012a, 119). Ob sie für die Stützung einer Linksregierung in einer krisenhaften Übergangszeit ausreichend sein können, ist offen. Zudem bräuchte es eine starke internationale Solidarisierung und ähnliche Prozesse in anderen Ländern. Sonst, so der Syriza-Abgeordnete Theano Fotiou, droht die Gefahr, »eine weitere PASOK zu werden« (123).

## 6.5 Effektiver Bruch – auf welcher Ebene?

In Europa sind die Kämpfe zurückgekehrt. Eine europäische Koordination fällt jedoch schwer. Zahlreiche Linksparteien haben ihre Solidarität mit Griechenland bekundet. Nicht zuletzt DIE LINKE hat sich erfolgreich darum bemüht und eine gemeinsame Erklärung mit Syriza verfasst. Eine gemeinsame Positionierung der Europäischen Linken steht allerdings noch aus. Zurzeit diskutieren die linken Parteien Südeuropas gemeinsame strategische Positionen und Perspektiven. Eine Vermittlung mit den nordeuropäischen Linken ist noch weiterzuentwickeln.

Besonders dramatisch erweist sich der Zustand der Solidarität unter europäischen Gewerkschaften: Der Europäische Gewerkschaftsbund ist für eine europäische Koordination ungeeignet, zu stark sind die Eigeninteressen der Mitgliedsverbände und Gewerkschaften, zu unterschiedlich die Bedingungen in den jeweiligen Ländern (vgl. Wahl 2012). Am 14. November 2012 kam es zu einem in der Geschichte des Europäischen Gewerkschaftsbunds einmaligen historischen Schritt: zu einem gemeinsamen Generalstreik in mehreren europäischen Ländern beziehungsweise zu gemeinsamen Solidaritätsaktionen. Insbesondere deutsche Gewerkschaften wie die IG Metall sind jedoch zerrissen zwischen ihrer Kritik an der neoliberalen Kürzungspolitik und den Vorteilen, die sie aufgrund ihrer Einbindung in das deutsche Krisenmanagement genießen, zulasten anderer Gruppen von Lohnabhängigen. Sie beteiligten sich praktisch kaum an den europäischen Krisenprotesten (vgl. Bierbaum 2013). Öffentlichkeitswirksam wurden Kritik an der Troika und Solidarität mit Griechenland erst relativ spät formuliert, insbesondere mit dem Aufruf »Europa neu begründen« und dem DGB-Vorschlag für einen »Marshallplan für Europa«. In der Praxis bleiben diese Erklärungen noch weitgehend folgenlos.

Doch auch die Bewegungen der Empörten und von Occupy mühen sich mit der europäischen Koordination ihrer Proteste. Ihr Kampf verbleibt meist auf nationalstaatlicher Ebene und wird nur langsam und punktuell grenzüberschreitend entwickelt. Die Bedingungen sind von Ungleichzeitigkeiten geprägt, die Dynamiken zu unterschiedlich, die Kräfte sind meist zu gering. Die Lernprozesse auf dem Weg zu einer praktischen Solidarität sind schwierig, aber nicht ohne Aussicht auf Erfolg, wie die europäisch abgestimmten Aktionstage zum Jahrestag der Besetzung der Puerta del Sol in Madrid und Blockupy Frankfurt im Mai 2012 gezeigt haben. Sie umfassen auch die Kooperation zwischen neuen (Demokratie-)Bewegungen, »neu-



alten« sozialen Bewegungen, Linksparteien und Gewerkschaften. Auf unzähligen kleinen und größeren Treffen wird sich über Widersprüche und Probleme, Thematisierungsweisen und Strategien ausgetauscht, ob beim Treffen Florenz 10+10, dem AlterSummit in Athen, den diversen Agora-Treffen oder anlässlich gemeinsamer Aktionstage, Konferenzen und Workshops. Auch wenn der Fokus der Organisation angesichts beschränkter Ressourcen lokal und national ausgerichtet bleibt und bereits größere Fortschritte der Organisation erzielt wurden als in den vergangenen 10-20 Jahren, wird immer wieder auch die Beschränktheit des »Lokalen« und »Nationalen« thematisiert. Die Durchsetzung von Forderungen scheitert noch an der transnationalisierten Macht. Daher bleiben die europäische Ebene und die transnationale Organisation ein wichtiger Horizont.

Was könnten Verdichtungspunkte einer transnationalen Organisation sein? Die Eröffnung des neuen EZB-Hochhauses im Jahr 2014 und die entsprechende Neuauflage der Blockupy-Proteste in Frankfurt können eine wichtige symbolische Bedeutung entfalten. Wichtiger noch als das Ereignis kann der Prozess ihrer Organisation zugleich als regelmäßiger transnationaler Austausch über gemeinsame Strategien und Aktionen dienen. Die Orientierung auf nationale und europäische Schuldenaudits und verfassungsgebende Prozesse von unten (Candeias 2013a, 146f.) steht weiter auf der Tagesordnung bei relevanten Teilen der Bewegung, konnte bislang jedoch nicht die gewünschte Dynamik entfalten. So wichtig diese Themen sind, so sehr drehen sich die Leidenschaften der Vielen eher um die alltagsnahen Kämpfe eines prekären Lebens, um die individuelle und soziale Reproduktion: Gesundheit, Ausbildung, Ernährung und Wohnen. Damit rückt die Wiederherstellung des Öffentlichen, einer öffentlichen Grundversorgung wie des Öffentlichen als Raum demokratischer Produktion des Gemeinsamen in den Blick.

Bei allen Mobilisierungen spielen insbesondere Kämpfe gegen Zwangsräumungen, Vertreibung und neoliberalen Stadtumbau eine entscheidende Rolle, ob in Istanbul oder Berlin, Detroit oder Madrid. In Spanien sind die entsprechenden Organisationen ein institutionelles und strategisches Rückgrat der gesamten Mobilisierung. Und sie haben als erste substantielle Erfolge vorzuweisen (Candeias 2013c). Auch bei uns gehören die Mobilisierungen gegen Zwangsräumungen oder Initiativen wie Kotti & Co (Kaltenborn/Endres 2012, 92ff.) zu den Hoffnungszeichen einer ansonsten wenig beweglichen bundesdeutschen Protestgesellschaft. Wie können die lokalen Kämpfe transnational verknüpft werden? Mit gemeinsamen Aktions-

tagen ist ein Anfang gemacht, jüngst mit dem Aktionstag für das Recht auf Wohnen am 19. Oktober 2013.

Eine europäische Bürgerinitiative (EBI) gegen Zwangsräumung und Vertreibung wäre möglicherweise eine unterstützende Initiative. Die erste EBI gegen die Privatisierung der Wasserversorgung war erfolgreich und erzwang, dass sich die Kommission mit den Forderungen auseinandersetzen muss (Sanchez 2013): Sie klammerte daraufhin Wasser und sanitäre Grundversorgung von der geplanten europäischen Konzessionsrichtlinie aus. Der EBI voraus gingen z.B. das Volksbegehren gegen die Privatisierung kommunaler Dienstleistungen in Italien (2007) und der Volksentscheid zur Rekommunalisierung der Wasserbetriebe in Berlin (2011). So könnte auch eine EBI gegen Zwangsräumungen mit anderen Initiativen auf kommunaler und nationaler Ebene verknüpft werden.

Sofern eine solche Initiative nicht mit der Bewegung an sich verwechselt wird, sondern diese begleitet, mit ihr organisch verbunden ist, kann sie ein wichtiges mobilisierendes Moment entwickeln. Zurzeit planen die Gewerkschaften des DGB mit europäischen Schwesterorganisationen, eine EBI zur Realisierung des Marshallplans für Europa (LuXemburg 2/13) anzustoßen. Wäre dies begleitet von einem Prozess der Organisierung einer Debatte innerhalb des EGB mit den jeweiligen Gewerkschaften bis hin zu den betreffenden Regionen in den Krisenländern, die den Plan mit konkreten Ideen für seine Umsetzung vor Ort ergänzen, kann dies eine sinnvolle Kampagne werden. Andernfalls bliebe es nur ein isolierter Versuch zur Durchsetzung einer spezifischen Einzelforderung.

Dies wäre ein entscheidender Unterschied z.B. gegenüber der Strategie der Bewegungen gegen Zwangsräumung wie der PAH in Spanien: Die PAH betreibt ihre Organisierung gegen Zwangsräumung als Arbeit an der breiten Neuformierung der Linken für eine weitergehende gesamtgesellschaftliche Veränderung – transformative Organizing im eigentlichen Sinne. Jeder konkrete Einzelerfolg ist zwar individuell bedeutsam, verpufft jedoch, wenn er nicht zugleich die Handlungsfähigkeit der Vielen und die Organisationsmacht der Bewegung stärkt – um dann auch die Hauptquartiere der transnationalen Macht in Europa anzuvisieren.

Jeder Versuch einer linken Reform muss sich mit der strukturellen Selektivität der EU-Institutionen auseinandersetzen. Entsprechende Vertragsänderungen sind aber schwierig. Das in Artikel 48 des Lissabonner Vertrages hierfür festgeschriebene Prozedere ist äußerst kompliziert. Außerdem kennt es nur nationale Interessen und ihre Exekutiven, die miteinander

um Einfluss und Positionen konkurrieren. Französische Arbeiter\_innen sitzen so im selben Boot mit französischen Großbauern und Konzernen, anstatt nach gemeinsamen Interessen mit deutschen oder österreichischen Lohnabhängigen zu suchen. Dieser nationalstaatliche Flaschenhals führt zu einer Horizontalisierung der Konfliktachsen: »Die Deutschen/Österreicher/Belgier« müssen vermeintlich für »die Griechen/Portugiesen/Irländer« die Zeche zahlen. Klassenwidersprüche, Geschlechterhierarchien und andere Machtverhältnisse werden unsichtbar, die Verursacher der Krise bleiben ungenannt.

Zudem ist die komplexe Rechtslage ein Feld für ausgewiesene Expert\_innen mit Spezialkenntnissen: Nur wer sich im juristischen Dschungel der EU zu bewegen weiß, kann die komplizierten Kriterien für einen Antrag auf Vertragsänderung erfüllen. Das führt nicht nur zu einer Verrechtlichung und Bürokratisierung der Debatte. Es stärkt auch die Exekutiven und schließt die Bevölkerungen von realer Beteiligung aus. Darüber hinaus kann das Veto jedes Mitgliedslandes (bzw. seines Staats- und Regierungschefs) dafür sorgen, dass auch nur die kleinste Infragestellung der autoritär-neoliberalen Integration zunichte gemacht wird. Ohne den Konsens aller Mitgliedstaaten keine wesentliche Vertragsänderung. Auf diese Weise kann sich die Vetomacht einer einzigen Regierung gegen die große Mehrheit der Bevölkerung in Europa wenden. Auf dieser Grundlage lässt sich eine Neugründung Europas von unten nicht einmal in Ansätzen erringen (vgl. Candias/Oberndorfer/Steckner 2014).

Lukas Oberndorfer schlägt daher die Wahl einer Verfassungsgebenden Versammlung vor.<sup>67</sup> Dies könnte am Ende eines transnationalen, diagonal vermittelten, konstitutiven Prozesses von unten ein wichtiger Verdichtungspunkt sein. Zuvor bedarf es jedoch auch auf europäischer Ebene eines dekonstituierenden Prozesses, eines effektiven Bruchs. Dieser ist unmittelbar auf transnationaler Ebene nicht zu erwarten.

Um keine Missverständnisse aufkommen zu lassen: Die transnationale Organisierung ist wünschenswert, möglicherweise wird sie aber erst durch ein Ereignis ermöglicht, gar hervorgebracht, das in nur einem Land einen effektiven Bruch erzeugt, etwa einer Linksregierung in Griechenland, die die Kürzungspolitiken der Troika zurückweist, Neuverhandlungen und einen Schuldenschnitt erzwingt, Kapitalverkehrskontrollen einführt etc. Das

---

<sup>67</sup> Vortrag auf der RLS-Konferenz »Left European Industrial and Economic Policies«, am 5.10.2013, Brüssel.

Opting-out gibt es bereits in zahlreichen Fragen, insbesondere Großbritannien macht davon extensiven Gebrauch. Weshalb sollten linke Kräfte nicht diese Möglichkeiten nutzen, etwa für ein Opting-out aus den so genannten vier Freiheiten, und die Kapitalverkehrsfreiheit beschränken? Das politische Risiko, gegen EU-Richtlinien zu verstoßen, ist einzugehen, angefangen bei der Schuldenproblematik; andere werden folgen, dann ist auf die Ausdehnung der in einem oder mehreren Ländern begonnenen Reformen innerhalb Europas hinzuwirken (Husson 2012). Es geht also darum, Möglichkeiten auf nationaler Ebene so einzusetzen, dass europäische Verhältnisse in Bewegung geraten. Die demokratische Neugründung Europas wäre das Ziel.

Ein solcher Bruch auf nationalem Terrain trägt möglicherweise mehr zur Demokratisierung der EU bei als eine vage Hoffnung auf Reform ihrer Institutionen. Doch stellt sich diese Perspektive bislang realistisch nur in Griechenland. Und die Herrschenden tun alles, um eine solche Position zu isolieren. Und doch ist die Unzufriedenheit mit der Politik und den Institutionen der EU so groß, dass Brüche mit den geltenden Regeln, quasi ein staatlicher ziviler Ungehorsam aus Notwehr, durchaus auf Zustimmung treffen können. Angesichts des möglichen Sturzes der Regierungen in Griechenland, Spanien, Portugal und Italien gewinnt ein mögliches linkes Südbündnis realistische Konturen (vgl. Fernández-Steinko 2013). Solche Bündnisse würden sich nicht nur auf die linken Kräfte der Bewegungen und Parteien beziehen, sondern wären auch eine Chance für eine in Bedrängnis geratene Sozialdemokratie, sich zu erneuern. Diese Form national-transnationaler Machtveränderungen und der Infragestellung bestehender Institutionen kann verbunden mit einer breiten Mobilisierung und Organisation in Europa Horizonte öffnen – um letztlich die Hauptquartiere der transnationalisierten Macht ins Wanken zu bringen. Die molekularen transnationalen Organisationen von der lokalen bis zur europäischen Ebene haben dafür zumindest eine erste Grundlage geschaffen.